

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch

## **Medienmitteilung**

### **Finanzkommission stimmt diversen Mehrausgaben zu**

**Solothurn, 31. Januar 2013 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) hat trotz massivem Spardruck diversen Mehrausgaben zugestimmt. Auch verschiedene Änderungen des Gebührentarifs hat sie gutgeheissen.**

Die Kommission hat den Verpflichtungskredit für das Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt Aare, Olten – Aarau beraten. Das Projekt, das nicht nur dem Hochwasserschutz dient, sondern gleichzeitig die Gewässerlebensräume aufwertet und den Erholungswert der Flusslandschaft steigert, wurde auch aufgrund der guten Erfahrungen beim Hochwasserschutz Emme in Biberist einstimmig gutgeheissen.

Verschiedene Änderungen beim Gebührentarif wurden nach reger Diskussion zustimmend verabschiedet. Vor allem die stark steigenden Gebühren für die Jägerprüfung (neu Jagdprüfung) wurden kontrovers diskutiert. Die Verdoppelung der Gebühr wird mit dem deutlich grösseren Aufwand für den Jagdlehrgang und die Jagdprüfung begründet. Neu ist auch das Lehrmittel im Kurs inbegriffen.

Auch die Vorlage zum Abschluss eines Mietvertrages für den Berufsschulsport am Berufsbildungszentrum Solothurn-Grenchen mit jährlich wiederkehrenden Ausgaben von maximal 158'270 Franken wurde mit nur einer Gegenstimme angenommen. Diese Mietlösung ist weitaus kostengünstiger als ein Neubau.

Mit der Velodrome Suisse AG, Grenchen konnte ein günstiger und flexibler Mietvertrag ausgehandelt werden, so dass zukünftig der Turnsport in zweckmässigen Räumen und gemäss bundesgesetzlicher Vorgabe durchgeführt werden kann.

Ebenfalls hat die Finanzkommission einen Beitrag an das Ausbildungszentrum des Auto Gewerbe Verbandes Schweiz in Olten gesprochen. Die Kosten von maximal 850'000 Franken, (50 % der Investitionskosten), werden aus den Mitteln der Pauschalbeiträge des Bundes finanziert.

Weiter hat die Finanzkommission der Aufhebung des fakultativen 10. Schuljahres zugestimmt.

Beim Volksauftrag für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung ist die Kommission dem Antrag des Regierungsrates auf nichterheblich Erklärung gefolgt. Auch beim Auftrag der Fraktion FDP.Die Liberalen, der eine Qualitätssicherung und ein Controlling mit Mass verlangt und sich davon Einsparungen erhofft, folgte die Kommission dem Antrag des Regierungsrates, der eine Überprüfung im Rahmen des zweiten Massnahmenpaketes zur Sanierung des Staatshaushalten beantragt.